

AfD-Fraktion Rheine | Surenburgstraße 177 | 48429 Rheine

An den  
Bürgermeister der Stadt Rheine  
Herrn Dr. Peter Lüttmann  
Klosterstraße 14  
48431 Rheine

Rheine, 21.03.2026

Antrag der AfD-Fraktion im Stadtrat Rheine zum Haushaltsplanentwurf 2026

### **Stopp der Gender-Ideologie und Einführung einer Wiederbesetzungssperre**

Im Teilplan Bereich 1, Produktgruppe 15 (Gleichstellung), wird das Sachbudget (Zeile 13) von 3.000 Euro gestrichen. Für alle Personalplanstellen in diesem Bereich (Zeile 11) wird eine sofortige Wiederbesetzungssperre verhängt. Die Verwaltung verzichtet künftig auf alle Gender- und Diversity-Workshops.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Streichung des Sachbudgets im Produkt 15 sowie die Aufnahme eines entsprechenden Vermerks zur Wiederbesetzungssperre in den Stellenplan.

Begründung:

Ausgehend von einer auf Kernaufgaben fokussierten kommunalpolitischen Perspektive wird argumentiert, dass personelle und finanzielle Ressourcen vorrangig in Bereiche fließen sollten, die unmittelbar zur Aufrechterhaltung zentraler staatlicher Funktionen beitragen. Dazu zählen insbesondere öffentliche Sicherheit, funktionierende Infrastruktur sowie grundlegende Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Verwaltungseinheiten oder Programme, die sich schwerpunktmäßig mit gesellschaftspolitischen oder normativen Themen befassen, werden in dieser Argumentationslinie daraufhin geprüft, inwieweit ihr Beitrag zu diesen Kernaufgaben konkret und messbar ist.

Der Leitfaden hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass insbesondere der Personalaufwand eine langfristig bindende Größe im kommunalen Haushalt darstellt. Einmal geschaffene Stellen verursachen dauerhaft Kosten – nicht nur durch Gehälter, sondern auch durch Versorgungsansprüche und administrative Folgekosten. Daher wird empfohlen, die Notwendigkeit neuer oder bestehender Stellen kritisch zu hinterfragen und regelmäßig zu evaluieren, ob ihr Aufgabenprofil den prioritären Zielen der Kommune entspricht.

In einer angespannten Haushaltslage verschärft sich diese Abwägung zusätzlich. Wenn finanzielle Ressourcen begrenzt sind, müssen Kommunen klare Prioritäten setzen und ihre Ausgaben strikt nach Dringlichkeit und Nutzen ordnen. Aus dieser Perspektive wird gefordert, dass Maßnahmen oder Strukturen, die als ideologisch geprägt wahrgenommen werden oder deren praktischer Nutzen für die unmittelbare Funktionsfähigkeit der Stadt nicht eindeutig belegt ist, hinter essenzielle Aufgaben zurücktreten sollten.

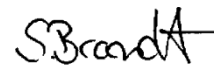
Ziel dieser Priorisierung ist es, die Handlungsfähigkeit der Kommune langfristig zu sichern. Indem personelle und finanzielle Mittel gezielt auf sicherheitsrelevante, infrastrukturelle und sozial notwendige Aufgaben konzentriert werden, soll gewährleistet werden, dass die grundlegenden staatlichen Funktionen auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen zuverlässig erfüllt werden können. Gleichzeitig wird betont, dass jede Ausweitung von Verwaltungsstrukturen einer strengen Kosten-Nutzen-Abwägung unterzogen werden sollte, um eine dauerhafte Überlastung des Haushalts zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen



Laura Sophie Grasler

Fraktionsvorsitzende



Sarah Brandt

Stellv. Fraktionsvorsitzende